

## **Geschichte der slowakischen Opposition**

Die Slowakei war bis Ende 1992 ein Teilstaat der Tschechoslowakei. Im slowakischen Landesteil gab es starke Bestrebungen zur größtmöglichen Autonomie innerhalb des gemeinsamen Staatswesens, da die eigenständigen slowakischen Institutionen unter anderem auf ein slowakisches Föderalparlament als gesetzgebendes Organ begrenzt waren.

Die in den beiden Landesteilen jeweils anders gelagerte politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung rief verschiedene Konfliktlagen hervor, durch welche sich Tschechien und die Slowakei in ihrer politischen Landschaft unterschieden. Beide Gesellschaften machten vor allem in der Zeit ab 1969 jeweils eigene Erfahrungen mit dem totalitären kommunistischen Regime. Auch nach der Samtenen Revolution 1989 waren die Unterschiede zwischen beiden Landesteilen unübersehbar wie beispielsweise darin, dass nach 1989 keine gesamtstaatliche politische Partei entstand..

### **Die Opposition in der Slowakei**

Eine antikommunistische Opposition entstand in der Slowakei schon vor dem Prager Frühling 1968. Allerdings war der Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei im August der entscheidende Wendepunkt hin zur offenen oppositionellen Aktivität und zur Entstehung von Oppositionsgruppen.

Die Opposition in der Slowakei kann nach verschiedenen Gesichtspunkten eingeteilt werden. Petr Pithart schlägt eine Unterscheidung in eine „Opposition der Reflexion“ und eine „Opposition des Protestes“ vor. Eine andere Unterscheidung wäre die Unterteilung der Dissidenten nach ihrer Zugehörigkeit zu einer politischen Gruppe oder Generation.

Die Jahre 1969–72 werden als „Normalisierung“ bezeichnet, in der die reformunwilligen Kräfte in der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ) mit Gustáv Husák an der Spitze es schafften, das gesamte öffentliche Leben erneut unter ihre Kontrolle zu bringen. Sie entfernten Reformanhänger aus den Regierungsorganen, beriefen einen XIV. Parteikongress ein und ließen Neuwahlen des Zentralkomitees durchführen. So erhoffte sich die neue Führung,

rechtlich Legitimation zu erhalten. Das Parteiplenum der Kommunistischen Partei kündigte im Januar 1970 eine umfassende „Säuberung“ der eigenen Reihen an. Alle, die sich in den 60er Jahren für den Reformprozess eingesetzt hatten, wurden aus der Partei ausgeschlossen: Im tschechischen Landesteil betraf das 23 % und im slowakischen Landesteil 17 % der Parteikader. Insgesamt wurden mehr als 300.000 Personen ihrer Ämter enthoben und aus der Partei entfernt, viele gaben aus freien Stücken ihre Mitgliedschaft auf. Von 1,6 Millionen Parteimitgliedern blieben am Ende 1,1 Millionen übrig.

In der Slowakei erfasste die Säuberung auch Vertreter der Intelligenz: Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften, der Hochschulen, Verlage, Medien und zentralstaatlicher Behörden. Ein Dutzend Schriftsteller und Wissenschaftler wie etwa Dominik Tatarka, Milan Šimečka, Miroslav Kusý, Ladislav Ťažky, Juraj Špitzer, Ivan Kadlečík und Pavol Hružík erhielten Publikationsverbot.

Im Gegensatz zu den 60er Jahren war fortan jedwede oppositionelle Aktivität in staatlichen Institutionen undenkbar. Anders als im tschechischen Teil bewirkte die „Normalisierung“ in der Slowakei zudem bei mehr Menschen ein Verhalten, welches durch das Arrangieren mit dem Regime und der Anpassung an die Verhältnisse charakterisiert war. Gründe hierfür waren eine schwächer ausgeprägte Bürgergesellschaft und die Tatsache, dass die Slowakei in der Zeit des Prager Frühlings insgesamt weniger reformorientiert – oder, wie die staatlichen Medien es ausgedrückt hätten – weniger „konterrevolutionär“ war. Beim tschechischen Nachbarn erreichte die Repressionswelle ihren Höhepunkt im Juli und August 1972. In Prag und Brünn (Brno) wurden 46 Personen in politischen Prozessen vor Gericht gestellt, in der Slowakei gab es dagegen nur sehr wenige Verhaftungen und Anklagen. Lediglich die Prozesse gegen den Satiriker Ladislav Kalina und den Übersetzer und Publizisten Pavel Lička, der bereits ein Jahr zuvor für den Kontakt mit ausländischen Journalisten zu 18 Monaten Haft verurteilt worden war, erregten größeres Aufsehen.

Reformkommunistische Bestrebungen verschwanden in der ersten Hälfte der 70er Jahre faktisch vollständig. Die bürgerliche Opposition hingegen, die in gewissem Umfang an die Programme der Reformkommunisten anknüpfte, sah ihre größte Herausforderung in ihrer Neuorganisation und im Versuch, in irgendeiner Form an die 60er Jahre anzuknüpfen. Im tschechischen Landesteil kam diese Phase im Januar 1977 mit der Petition der Charta 77 an ihr Ende. In der Slowakei hingegen nahmen oppositionelle Aktivitäten erst wieder mit der Wiederbelebung des Samisdats in den Jahren 1978 und 1979 zu. In einer ganz anderen Situation befanden sich dagegen kirchliche Oppositionsgruppen. Deren mehrheitlich bereits in den 60er Jahren aus den

Gefängnissen entlassene Aktivisten hatten nie innerhalb offizieller Strukturen gewirkt und standen demzufolge nun nicht vor dem Problem, sich mit den veränderten politischen Realitäten der „Normalisierung“ arrangieren zu müssen. Auch die Bewegung der ungarischen Minderheit musste andere als offiziell zugelassene Betätigungsmöglichkeiten suchen, woraufhin die Entstehung einer künstlerischen Underground-Szene als neues Phänomen zu beobachten war.

### **Die unabhängige Kultur**

Zur gleichen Zeit wuchs landesweit, aber vor allem in Bratislava (Pressburg), eine unabhängige Kultur heran. Eine Gruppe unabhängiger bildender Künstler, die unter dem Einfluss der europäischen Avantgardekunst standen wie beispielsweise Alex Mlynárčik, Stanislav Filko und Rudolf Sikora setzte ihre in den 60er Jahren begonnene Tätigkeit fort. Viele von ihnen hatten keine Möglichkeit, ihre eigenen Arbeiten auszustellen, weshalb sie diese auf eigene Faust vervielfältigten und gemeinsame Bildbände herausgaben.

Anfang der 70er Jahre schlossen sich ihnen junge Künstler und Intellektuelle der Gruppe „DG“ (Degenierte Generation/Degenerovaná generácia) an, die unter anderem von Ján Langoš, Oleg Pastier, Martin M. Šimečka, Ján Budaj, Gabriel Levický, Tomáš Petřivý, Jiří Olič und Vladimír Archleb gegründet worden war. Sie lehnten kategorisch jeden Kompromiss mit der kommunistischen Regierung ab und versuchten erst gar nicht, in staatlich kontrollierten Strukturen zu wirken oder in offiziell zugelassenen Zeitschriften zu veröffentlichen. Die DG-Mitglieder bestanden aus Schriftstellern, bildenden und Performance-Künstlern, während sie im Alltag Heizer, Reinigungskräfte oder Lagerarbeiter waren. Einige von ihnen wie Ján Budaj und Tomáš Petřivý wurden aus politischen Gründen von der Hochschule relegiert, andere verließen diese aus freien Stücken. Zusammen mit Amateurtheatern veranstalteten sie Straßenaktionen und Konzerte verbotener Künstler des tschechischen Vereins „Šafrán“ (Safran) und organisierten illegale Ausstellungen und Seminare der Fliegenden Universität, die 1977 und 1978 in Bratislava stattfanden. Verfolgte Politiker und Intellektuelle wie etwa Miroslav Kusý, Milan Šimečka, Tomáš Štrauss und Jan Šimsa aus Brünn hielten hier Vorträge. Die Intervention der Staatssicherheit setzte der Fliegenden Universität jedoch bald ein Ende.

Zwar hatten diese künstlerischen Aktionen keinen explizit politischen Charakter, sie trugen aber durch ihre große Popularität besonders unter Jugendlichen und durch das Fehlen einer gesellschaftlichen Opposition, welche sich erst später

bildete, jedoch entscheidend zur Entwicklung einer vom Staat unabhängigen Kultur bei.

Eine wichtige Rolle spielten die Untergrundverlage. Der erste slowakische Autor, der seine Bücher im Samisdat veröffentlichte, war Ivan Kadlečík. Im Prager Verlag Edice Petlice gab er 1973 „Sprachen aus dem Tiefland“ (Reči z nížiny) heraus und 1974 „Gesichter und Anrede“ (Tvára a oslovenia). Marcel Strýko und der Dichter Erik Groch verlegten in Košice zwischen 1978 und 1980 die Zeitschrift „Trinásta komnata“ (Das dreizehnte Zimmer). In Bratislava wurde 1981 die erste nicht religiöse Untergrundzeitschrift „Kontakt“ gedruckt. Ihr folgten etwas später die Zeitschriften „Altamira“, „Fragment“ und „K“. Als sich die gesellschaftliche Stimmung im Land insbesondere unter den von der polnischen Solidarność beeinflussten Intellektuellen änderte, beeinflusste dies auch die Entwicklung oppositioneller Initiativen dieser Zeit.

Weitere Gruppen, die sich nicht primär als politische Opposition definierten, fanden sich in der Ökologiebewegung wieder, in der Mikuláš Huba und Ján Budaj die führende Rolle innehatten. Budaj organisierte die Veranstaltung „Drei sonnige Tage“ (Tri snečné dni, 3SD), die Werke verbotener Künstler, Ökologen und Kunsthistoriker aus Bratislava, Prag, Brünn und Warschau zeigte und zum gegenseitigen Kennenlernen beitrug. Auch die ein Jahr später erfolgreich durchgeführte Aktion zur Rettung alter Pressburger Friedhöfe fand ein großes gesellschaftliches Echo. Das Stadtkomitee Bratislavs der Kommunistischen Partei hatte die Absicht, die Mehrheit der Grabplatten auf alten Friedhöfen abräumen zu lassen. Zwar gelang es den Aktivisten, dies zu verhindern, doch verbot die Kommunistische Partei im Gegenzug die Vereinszeitschrift „Ochranca prírody“ (Umweltschützer), die vom Slowakischen Naturschutzbund herausgegeben wurde. Als Verbandszeitschrift war sie nur zum internen Gebrauch vorgesehen und hätte daher einer weniger strengen Zensur unterliegen müssen.

## Die bürgerliche Opposition

Einen explizit politischen Charakter hatte die verhältnismäßig kleine Gruppe von Intellektuellen aus dem Umfeld der nach 1969 aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossenen Mitglieder. Inhaltlich fanden sie sich auf der Grenze zwischen demokratischem Sozialismus und Liberalismus wieder. Aus ihren Reihen kamen die slowakischen Unterzeichner der Charta 77 wie Miroslav Kusý, Dominik Tatarka, Ján Mlynárik, Vladimír Čech und Hana Ponická. Obwohl sie nur ein schwaches Echo in der slowakischen Gesellschaft auslösten, trug sie doch zur Entwicklung einer bürgerlichen Opposition bei und ermöglichte dieser nicht zuletzt Kontakte ins Ausland. Mit der bürgerlichen Opposition verknüpft waren Intellektuelle wie Július Strinka, Milan Šimečka und Jozef Jablonický, die mit den Ideen der Charta 77 sympathisierten, auch wenn sie die Petition nicht unterschrieben hatten, sowie Schriftsteller wie Ivan Kadlečík, Albert Marenčin und Pavel Hružík, die zwar eher unpolitisch waren, jedoch im Samisdat oder im Ausland veröffentlicht hatten. Diese kleine, aber intellektuell einflussreiche Gruppe publizierte ab 1978 ihre Arbeiten in Untergrundverlagen zunächst in Prag, später auch in der Slowakei oder im Ausland.

Auch die Mitglieder der bürgerlichen Opposition sahen sich Repressionen ausgesetzt, ihnen blieben aber zumindest bis 1981 jahrelange Haftstrafen und politische Prozesse erspart. Zu umfassenderen Angriffen des Regimes gegen diese Gruppen kam es erst nach dem Vorfall mit einem französischen Lastwagen, der an der Grenze zur Bundesrepublik voll beladen mit Samisdatliteratur aufgegriffen wurde. Bei dieser Gelegenheit fanden die Behörden auch eine Adressliste der Empfänger. Wegen des angeblichen „Versuchs, die Republik zu stürzen“ wurden Milan Šimečka, Miroslav Kusý und Jozef Jablonický angeklagt, insgesamt kamen 30 Personen in Haft. Auf internationalen Druck hin wurden bis Mai 1982 alle Inhaftierten wieder freigelassen und es kam zu keinem Gerichtsprozess. Trotz dieses Erfolgs trugen sowohl die Verhaftungen als auch das 1981 in Polen ausgerufene Kriegsrecht zu einer Atmosphäre von Resignation und gesellschaftlicher Apathie bei. Gleichzeitig wurden die staatlichen Repressionen weiter verschärft.

Mit der bürgerlichen Opposition waren auch zahlreiche Dissidenten aus kirchlichen Gruppen verbunden. Zu ihren wichtigsten Vertretern gehörten Ján Čarnogurský, Ján Langoš, Anton Selecký und František Mikloško. Obwohl diese sich an Aktivitäten der Untergrundkirche und an der Herausgabe katholischer Samisdatliteratur beteiligten, blieben sie sowohl ideell als auch politisch eigenständig. Ján Čarnogurský erlangte große Bekanntheit, als er die verfolgten Unterzeichner der Charta 77 als Rechtsanwalt betreute. Seine anwaltliche

Verteidigung von Drahomíra Šinoglová vor Gericht hatte zur Folge, dass er 1981 seine Zulassung als Anwalt verlor.

Um Alexander Dubček bildete sich neben der bürgerlichen eine weitere Gruppierung explizit politischer Oppositioneller, der unter anderem Ivan Luluha und Hvězdou Kočtúch angehörten. Sie bestand aus eher unbekanntem ehemaligen Parteimitgliedern, die mit dem Reformprozess von 1968/69 verbunden blieben. Ihr Ziel war die Veränderung des politischen Systems durch Reformen. Mit einem Brief Alexander Dubčeks an den Tschechoslowakischen Nationalrat vom 28. Oktober 1974, in dem er die systematischen Verstöße gegen Menschen- und Bürgerrechte verurteilte, rückte diese Gruppierung stärker ins öffentliche Bewusstsein. In den 70er und 80er Jahren schrieb Alexander Dubček insgesamt 38 Protestschreiben, in denen er Verstöße gegen die Menschenrechte und Schikanen gegen seine Person anprangerte. Ein stärkeres Engagement entwickelte sich mit der einsetzenden Perestrojka in der Sowjetunion. Zwischen 1988 und 1989 gaben Ivan Luluha und Hvězdou Kočtúch im Samisdat das Heft „Myšlienka a čin“ (Denken und Handeln) heraus. Damit wollten sie andere ehemalige Parteimitglieder und Reformkommunisten dazu bewegen, sich in der Opposition zu engagieren. Sie versuchten, der Idee des Prager Frühlings wieder zur Attraktivität zu verhelfen, indem sie auf die Ähnlichkeit ihrer Ideale und Ziele mit denen von Gorbatschows Perestrojka verwiesen. Die Gruppe um Alexander Dubček hielt engen Kontakt mit den ehemaligen Reformkommunisten in Prag, die 1988/89 die Zeitschrift „Dialog“ herausgaben und Anfang 1989 den Klub für sozialistische Umgestaltung „Wiedergeburt“ (Klub za socialistickou přestavbu Obroda) gründeten.

### **Die katholische Untergrundkirche und kirchliche Oppositionsgruppen**

Die katholische Kirche sowie die Untergrundkirche waren ein elementarer Teil der Oppositionsbewegung in der Slowakei. Die katholische Kirche war die einzige gesellschaftliche Institution, die während der kommunistischen Herrschaft Mitglieder hinzugewinnen konnte. Der Versuch der kommunistischen Machthaber, die katholische Kirche und ihren Einfluss auf die tschechoslowakische Gesellschaft endgültig zu brechen, trug eher noch dazu bei, dass eine katholische Bürgerrechtsbewegung und Untergrundkirche entstanden. Da es den kommunistischen Machthabern nicht gelang, die Kirchenstrukturen vollends zu zerschlagen, organisierten sie im Juni 1949 die „Katholische Aktion“ mit der Absicht, die Kirche zu spalten. Diese hatte die Gründung einer sogenannten „nationalen“ Kirche zum Ziel, die organisatorisch und

weltanschaulich vom Vatikan unabhängig sein sollte. Als das kommunistische Regime den Handlungsspielraum der bischöflichen Kurie immer weiter einschränkte und nach und nach andere katholische Institutionen auflöste, löste dies Ängste auf Seiten der Kirche um ihre Unabhängigkeit aus. Tatsächlich gelang es den slowakischen Behörden, durch politische Gerichtsprozesse die Schließung von Klöstern und Repressionen des Verwaltungsapparates, die offiziellen Kirchenstrukturen unter seine Kontrolle zu bringen. Als Reaktion auf die staatliche Diskriminierung gab der Vatikan schließlich sein Einverständnis zur Gründung einer Kirche im Untergrund, die sich in „Geheimabteilungen“ organisierte. Nach und nach übernahm die Untergrundkirche, an deren Spitze der im Geheimen geweihte Bischof Ján Chryzostom Korec stand, die Ausübung der vom Staat verbotenen Kirchengaufgaben wie beispielsweise das Klosterleben, die Bischofs- und Kaplanweihen, die Laienseelsorge, die Organisation von Pilgerreisen, die Jugendarbeit und das Wirken im akademischem Umfeld sowie die Herausgabe religiöser Literatur im Samisdat. Der Kontakt zum Vatikan sicherte der Untergrundkirche die legale Unterstützung der Kirchenhierarchie.

Die 70er Jahre waren gekennzeichnet durch eine „lautlose“ Arbeit der Untergrundkirche, deren Wirkung sich im folgenden Jahrzehnt entfalten sollte. Die kirchliche Untergrundarbeit funktionierte auf der Basis persönlicher Kontakte und kleiner Gruppen. Große Verdienste an deren Entstehung hatten die Schüler des Geistlichen Professor Tomislav Kolakovič, vor allem Silvester Krčmery und Vladimír Jukl, die in studentischen Milieus in Bratislava aktiv waren und ihr Netzwerk nach und nach auf das ganze Land ausdehnten.

In den 80er Jahren halfen die Untergrundkirche und kirchliche Oppositionsgruppen mit, Pilgerfahrten zu organisieren und Petitionen vorzubereiten, in denen die Einhaltung der Menschenrechte und die Religionsfreiheit gefordert wurden. Zu dieser Zeit gab die Kirche immer häufiger ihre auf den Untergrund ausgerichtete Aktivität auf. Im Oktober 1980 begann vor dem Kreisgericht in Rimavská Sobota der Prozess gegen Jozef Labuda und Emília Kesegová, die beide angeklagt wurden, „die staatliche Kirchengaufsicht zu behindern“. Während des Gerichtsverfahrens bekundeten 20 bis 30 Personen ihre Sympathie mit den Angeklagten und es zeigte sich zum ersten Mal die organisatorische Hilfe der Charta 77 in der Slowakei. 1982 erschien mit „Náboženstvo a súčasnosť“ (Religion und Gegenwart) die erste katholische Untergrundzeitschrift für die ganze Slowakei, da bisherige Zeitschriften immer nur regional ausgerichtet gewesen waren. Eine der ersten dieser Publikationen war „Orientácia“ (Orientierung) gewesen, die von der Zipser Diözese im Norden der Slowakei herausgegeben wurde. Die Nähe zur polnischen Grenze, über die ein Großteil des Materials religiöser Literatur geschmuggelt wurde, begünstigte die

Entwicklung des Samisdats in der Zipser Region. In den 80er Jahren thematisierten die Zeitschriften zunehmend alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens – Politik, Kultur, Geschichte, Sozialwissenschaften sowie Erziehung und Ausbildung der Kinder und Jugendlichen.

### **Die Bedeutung der ungarischen Minderheit**

Eine vergleichsweise isolierte, aber dennoch aktive Rolle spielte die Bewegung der ungarischen Minderheit in der Slowakei, die vor allem zur liberalen Opposition in Ungarn Verbindungen unterhielt. Zu Kontakten mit der intellektuellen Opposition in der Slowakei kam es recht selten und relativ spät, diese erfolgten besonders über Kontakte zu Personen aus dem Umfeld der Charta 77. Politisches Sprachrohr der ungarischen Minderheit war das „Komitee zur Verteidigung der ungarischen Minderheitenrechte in der Tschechoslowakei“, dessen Gründer László Nagy, Miklós Duray und Péter Püspöki-Nagy schon in den 60er Jahren im ungarischen Studentenclub „Atilla József“ aktiv gewesen waren. Der Auslöser für die Entstehung des Komitees geht auf ein Ereignis aus dem Jahr 1978 zurück, als es zu Protesten der ungarischen Intelligenz im Süden der Slowakei gegen eine Regierungsentscheidung kam, in Schulen mit ungarischem Unterricht den Anteil der slowakischen Unterrichtssprache auszuweiten. In der Lesart der slowakischen Ungarn war dies ein Ausdruck nationaler Diskriminierung und stellte den Versuch dar, sie zur Assimilation zu drängen. Letztlich trug die Gründung des Komitees mit zur Rücknahme dieser Entscheidung bei. Dadurch, dass die ungarische Minderheit ihre programmatischen Texte einer größeren Öffentlichkeit auch über die Bürgerrechtsbewegung Charta 77 zugänglich machte, erlangte sie in der ganzen Tschechoslowakei und im Ausland Bekanntheit.

Das Komitee war in seiner Arbeit dem kommunistischen Regime gegenüber sehr kritisch eingestellt. Alle Dokumente wie etwa über die tschechoslowakische Minderheitenpolitik und die Lage der Menschenrechte im Land wurden direkt an die Kommunistische Partei geschickt und parallel im Ausland verbreitet. Sie wurden nur von Miklós Duray unterschrieben, der auf diese Weise jede Verantwortung auf sich nahm.

Ende 1983 befassten sich die slowakischen Partei- und Regierungsinstitutionen erneut mit Plänen zur Reorganisation des Minderheitenschulwesens, insbesondere mit dem der slowakischen Ungarn. Am 10. Mai 1984 wurde Miklós Duray in Bratislava verhaftet und acht seiner Mitarbeiter verhört. Angeklagt wurde er wegen angeblicher „Beleidigung der Nation, der Rasse und anderer



Ansichten“. Ein Jahr später wurde er aufgrund einer allgemeinen Amnestie aus der Haft entlassen. Viele tschechische und slowakische Dissidenten sowie slowakische Emigranten traten damals öffentlich für ihn ein. Auch wenn sie sich nicht der Meinung Durays zur Situation der Minderheit und des Schulwesens in der Slowakei anschlossen, protestierten sie doch gegen seine Verhaftung aufgrund staatskritischer Äußerungen.

Ab 1986 vertieften sich die Kontakte zwischen den ungarischen und slowakischen Bürgerrechtlern mit denjenigen aus dem Umfeld der Charta 77. Die Gespräche betrafen vor allem die Erarbeitung eines gemeinsamen Dokuments zur ungarischen Minderheit. Allerdings konnten sich beide Seiten hierzu nicht verständigen. Trotzdem gaben die Vertreter des Komitees und der Charta 77 1987 gemeinsam eine Erklärung ab, in der sie auf die Minderheitenrechte in internationalen Abkommen verwiesen. Auslöser hierfür waren zunehmende Angriffe „unbekannter Täter“ auf Einrichtungen der ungarischen Minderheit in Bratislava.

Die kontroversen Anschauungen Miklós Durays trugen mit dazu bei, dass eine geplante Studie zu den slowakisch-ungarischen Beziehungen und zur Situation der ungarischen Minderheit in der Slowakei nicht verfasst werden konnte. Als Autoren waren Miklós Duray, Milan Šimečka, Miroslav Kusý und Ján Čarnogurský vorgesehen. Eigentlich planten sie, die Studie in einem Konferenzband der Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft im September 1986 in Boston zu veröffentlichen. Da sich die Autoren nicht auf den gemeinsamen Wortlaut ihrer Veröffentlichung einigen konnten, erschienen in dem Band stattdessen unterschiedliche Fassungen einzelner Autoren. Auch gelang es ihnen nicht, einen neuen Entwurf für die tschechoslowakische Verfassung als Alternative zur offiziell gültigen auszuarbeiten, obwohl slowakische und ungarische Dissidenten 1988/89 dazu Gespräche geführt hatten. Auch wollte sich die Charta 77 nicht ohne Zustimmung der slowakischen Opposition mit den Problemen der ungarischen Minderheit im Süden des slowakischen Landesteils befassen. Gleiches galt für Fragen um den Bau des Staudamms von Gabčíkovo-Nagymaros an der Donau. Dieser wurde schließlich zum zwischenstaatlichen Konflikt zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn.

Mit dem ungarischen Komitee arbeitete auch eine Gruppe junger liberaler Bürgerrechtler zusammen, denen die Frage der Menschenrechte in ihrer ganzen Bandbreite wichtig war. Um 1980 herum knüpften Bürgerrechtler der ungarischen Minderheit in der Slowakei Kontakte zu Vertretern der liberalen Opposition in Ungarn. Sie schleusten Untergrundliteratur aus Ungarn in die Slowakei ein oder besuchten die Seminare der Fliegenden Universität in

Budapest. Auf Initiative Károl Tóths und László Öllös' wurden im Rahmen dieser privaten und halböffentlichen Seminaren spezielle Kurse für Studenten der ungarischen Minderheit aus der Slowakei angeboten. Während der ersten Haftstrafe Miklós Durays 1982-83 legte das „Komitee zur Verteidigung der ungarischen Minderheitenrechte in der Tschechoslowakei“ offiziell seine Arbeit nieder. Tatsächlich wurde seine Tätigkeit aber unter dem Deckmantel des Komitees zur Verteidigung der ungarischen Schulen weiter geführt. Hier engagierten sich neben Károl Tóth und László Öllös auch Tibor Kovács, Elonora Sándor, Zsuzsanna Németh und Mária Bodnár. Nach der Entlassung Miklós Durays aus dem Gefängnis nahm das Komitee seinen ursprünglichen Namen wieder an.

### **Neue Impulse in der Opposition**

Das Jahr 1987 markierte einen Einschnitt für die slowakische Oppositionsbewegung. Die der bürgerlichen Opposition nahestehenden Künstler aus der Undergroundszene verlegten ihre Zeitschriften im Samisdat nun unter voller Nennung der Namen und Adressen der Herausgeber und Redakteure, womit sie einen eindeutig politischen Charakter erhielten. Ein weiterer Wendepunkt stellte die legale Herausgabe der Zeitschrift „Bratislava/nahlas“ (Bratislava/laut) dar, die gesellschaftliche und ökologische Zustände thematisierte. Die kommunistischen Machthaber lehnten diese Publikation zwar grundlegend ab, doch konnte sich selbst innerhalb der kommunistischen Führungsriege auf keine Maßnahmen geeinigt werden, wie mit Herausgebern und Autoren umzugehen sei. Vladimír Mináč kritisierte – obwohl slowakischer Parlamentsabgeordneter, Mitglied der Kommunistischen Partei und regimetreuer Schriftsteller – die geplanten Repressionsmaßnahmen, was auch in der Öffentlichkeit bekannt wurde. Mit Ausnahme einiger Fälle, in denen Personen Diskriminierungen an ihrem Arbeitsplatz ausgesetzt waren, wurden die Autoren von „Bratislava/nahlas“ nicht verfolgt.

Im Oktober 1987 begingen Jozef Jablonický, Ján Čarnogurský, František Mikloško und Anton Selecký auf einer Versammlung in Černová in der Nähe von Ružomberok den 80. Jahrestag der Erschießung von 15 Dorfbewohnern durch die österreichische Militärpolizei. Sie waren 1907 für ihre Forderung hingerichtet worden, die neu gebaute Kirche von ihrem Landsmann Priester Andrej Hlinka weihen zu lassen. Die Bürgerrechtler legten Kränze am Grab der Getöteten nieder, Jozef Jablonický hielt eine Rede. Zur gleichen Zeit erschien die „Erklärung zur Deportation der Juden aus der Slowakei“ (Vyhlásenie k deportáciám Židov zo

Slovenska), in der die Diskriminierung jüdischer Slowaken während des Zweiten Weltkrieges verurteilt und die antisemitischen Verordnungen der damaligen slowakischen Regierung für rechtswidrig erklärt wurden. Die Erklärung bezeichnete die Diskriminierung der Juden als die schlimmste Tragödie in der Geschichte der Slowakei. Sie wurde nicht nur von Vertretern der kirchlichen und bürgerlichen Opposition unterschrieben, sondern auch von Personen des öffentlichen und kulturellen Lebens, die nicht zum Untergrund gehörten.

Seit 1988 veröffentlichten und redigierten Ján Čarnogurský und Ján Langos gemeinsam die Zeitschrift „Bratislavské listy“ (Pressburger Blätter). Während sich bisherige Zeitschriften aktuellen gesellschaftlichen und kulturellen Fragen gewidmet hatten, war das Ziel dieser neuen Publikation, einen Ort „für die ungezwungene Diskussion über gesellschaftliche und politische Fragen sowie über Alternativen für die Zukunft im nationalen und europäischen Kontext“ zu bieten. Die Konzentration auf christlich-ethische Grundsätze erschien den Herausgebern als die angemessenste Form, obgleich die Zeitschrift organisatorisch nicht mit der Kirche verbunden war.

In diesen Jahren wuchs die Zahl von Slowaken, die sich religiös engagierten oder an Pilgerreisen teilnahmen. Mit großem Interesse wurde die Petition „Impulse von Katholiken zur Verbesserung der Situation gläubiger Bürger in der ČSSR“ (Podněty katolíků k řešení situace věřících občanů v ČSSR) von Augustin Navrátil aufgenommen, in der der Autor die Wiederbelebung des religiösen Lebens und die Einhaltung der Glaubensfreiheit fordert. Am 25. März 1988 organisierten Bürgerrechtler aus der katholischen Opposition in Bratislava die Kerzendemonstration, an der 2.000–3.000 Menschen teilnahmen. Die Demonstranten forderten unter anderem, dass der Staat nicht in die Bischofswahl eingreife, die vollkommene Religionsfreiheit gewähre und die Menschenrechte achten solle. Die Kerzendemonstration war die größte antistaatliche Demonstration in der Slowakei vor 1989.

Ende 1988 formierte sich die erste bürgerliche Oppositionsgruppe, die Bewegung für Bürgerfreiheit (Hnutí za občanskou svobodu; HOS). Sie wurde von Ján Čarnogurský, Miroslav Kusý, Vladimír Maňák, Hana Ponická und Anton Selecký gegründet. Mit ihrer Entstehung begann ein Prozess, in dem sich die einzelnen Oppositionsgruppen zu einer gemeinsamen Bewegung zusammenschlossen. Auch knüpfte die HOS erste Kontakte mit ungarischen Dissidenten.

Bürgerrechtler gelangten immer häufiger in Positionen in offiziellen staatlichen Strukturen. So versammelten sich im Slowakischen Naturschutzbund zahlreiche Bürger, die mit den politischen Verhältnissen unzufrieden waren. Die

Verbandszeitschrift „Ochranca prírody“ (Umweltschützer) gab denjenigen die Möglichkeit zum Publizieren, die sich in offiziellen Medien nicht zu Wort melden konnten. 1989 hatte die Zeitschrift einen Anteil daran, die verschiedenen kritischen Strömungen in einer einheitlichen Bewegung zu bündeln. Die Intellektuellen in der Slowakei waren insgesamt nicht eindeutig oppositionell gesinnt oder aktiv, äußerten jedoch wiederholt Kritik an verschiedenen Aspekten des politischen Systems und suchten teilweise auch Kontakt zur Ökologie-Bewegung. Zu dieser Gruppe von Intellektuellen gehörten der Soziologe Soňa Szomolányi, Martin Bútora, Vladimír Krivý und der Ökonom Vladimír Ondruš. Im Sommer 1989 setzten Pressburger Ökologen den von der Kommunistischen Partei ernannten Vorsitzenden der Ortsgruppe Bratislava des Slowakischen Naturschutzbundes ab.

Der alternativen Kulturszene wiederum gelang es bereits ein Jahr zuvor, Ämter im staatlichen Verband Bildender Künstler zu übernehmen und den parteiunabhängigen Miroslav Cipár an die Spitze einer Ortsgruppe zu setzen. Dort herrschte fortan eine freiere Atmosphäre, in der auch nichtkonformistische Meinungen geäußert werden konnten. Im November 1989 folgte schließlich die Gründung der Organisation Öffentlichkeit gegen Gewalt (Verejnost' proti násiliu; VPN).

Ab 1988 sendeten einzelne slowakische Politiker aus der Kommunistischen Partei erste vorsichtige Signale an die Bürgerbewegung. Neben Vladimír Mináč waren das jüngere Mitarbeiter des Instituts für Marxismus-Leninismus, wie etwa Peter Weiss und Karol Kanis. In der Wochenzeitschrift „Nové slovo“ (Das neue Wort) betonten sie die Notwendigkeit, den Reformprozess sowohl in der Gesellschaft als auch in der Innenpolitik zu beschleunigen. Ähnliche Initiativen kamen vom Lenin-Club „Iskra“ (Funke), der von dem ehemaligen Parteimitglied Igor Cibula und dem aktiven kommunistischen Politiker Jozef Moravčík 1987 gegründet worden war. Der Club setzte später seine Arbeit als Sozialwissenschaftliches Forum „Dialog“ fort. Zwischen den beiden Lagern der Parteianhänger und den oppositionellen Kreisen versuchte der Philosoph Boris Zala zu vermitteln.

Die Diskussion über eine neue tschechoslowakische Verfassung schien beiden Seiten eine gemeinsame Schnittmenge zu bieten, um sich in einem ersten Schritt auszutauschen und den Weg zu einer landesweiten Übereinkunft vorzubereiten. Dabei wurden auch Forderungen nach einem eigenständigen Grundgesetz für die Slowakische Sozialistische Republik laut. Eine informelle von Ján Langoš ins Leben gerufene Gruppe diskutierte diese Frage noch bis in die letzten Tage der Tschechoslowakei hinein. Der Bürgerbewegung schlossen sich nun auch

Menschen an, die sich vorher in keinen oppositionellen Zusammenhängen engagiert hatten oder die bisher in keiner Weise gegen das System aktiv geworden waren. Außer dem Text „Impulse von Katholiken zur Verbesserung der Situation gläubiger Bürger in der ČSSR“ hatte die Petition „Einige Sätze“ (Několik vět), die eine Demokratisierung der politischen Verhältnisse forderte, großen Erfolg in der Slowakei. Landesweit wurde sie von mehr als 40.000 Menschen unterschrieben.

1988 kam es zu einem Politisierungsschub der ungarischen Minderheit in der Slowakei. Das Komitee zur Verteidigung der ungarischen Minderheitenrechte konzentrierte sich darauf, aus der Untergrundarbeit stärker in die Öffentlichkeit hinein zu wirken und Kontakte zu anderen Vertretern der ungarischen Intelligenz aufzunehmen. Ihr erster Schritt dazu war das „Memorandum 1988“, das anlässlich des 70. Jahrestags der Gründung der Tschechoslowakei verfasst wurde. Ideengeber dieses Memorandums, an dem seit Juli 1988 gearbeitet wurde, war Karoly Tóth. Die Unterzeichner beriefen sich auf die demokratischen Traditionen der Ersten Tschechoslowakischen Republik (1918–38) und sprachen erstmals im slowakischen Landesteil anstatt von Reformen des politischen Systems von der Notwendigkeit eines Systemwechsels. Gleichzeitig gaben die Autoren ihrer Zustimmung zum europäischen Integrationsprozess Ausdruck und betonten die Wichtigkeit für die Tschechoslowakei, sich dieser Entwicklung anzuschließen. Das Memorandum wurde von 266 Personen unterschrieben, zu ihnen zählten auch die in der Slowakei lebenden ungarischen Schriftstellern Lajos Grendel, Kálmán Balla und Zsigmond Zalabai.

Die Initiatoren des „Memorandums 1988“ unterzeichneten auch ein zweites Dokument, das sogenannte „Memorandum 1989“, welches nach der Anzahl der Unterzeichner auch „Memorandum 33“ genannt wurde. Verfasser dieses zweiten Dokuments waren ungarische Intellektuelle und Politiker, die im Prager Frühling 1968 aktiv gewesen waren wie etwa von László Dobos und Rezső Szabó, aber damals noch nicht die führende Rolle der Partei in Frage gestellt hatten. Mit dem zweiten Memorandum wollten sie verhindern, dass der Staat einen Keil zwischen Mitglieder der ungarischen Intelligenz trieb. Bürgerrechtler der jüngeren Generation aus dem Komitee der ungarischen Minderheit nahmen auch Kontakt zur tschechischen Demokratischen Initiative (Československá demokratická iniciativa) auf, hauptsächlich zu Bohumil Doležal. Letztlich wurde die ungarische Minderheit von einigen Bürgerrechtlern, die die Aktivitäten der Charta 77 als unzureichend unter den neuen Bedingungen Ende der 80er Jahre ansahen, dazu bewegt, eine eigene unabhängige politische Organisation zu gründen.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1989 entwickelte sich die Situation im Land rasant. Beschleunigend wirkte der Gerichtsprozess der „Pressburger Fünf“, in dessen Mittelpunkt die slowakische Gruppe der Bewegung für Bürgerfreiheit stand. Das Gerichtsverfahren mobilisierte zahlreiche Menschen zum Protest gegen die Regierung. Auch Károly Tóth, Eleonóra Sándor und László Öllős gaben eine Erklärung heraus, in der sie den Prozess verurteilten und sich gegen eine Gefängnisstrafe für die „Pressburger Fünf“ aussprachen. Nach der Freilassung von Miroslav Kusý kam es im Oktober 1989 zu einem Treffen slowakischer und ungarischer Bürgerrechtler in der Wohnung von Károly Tóth in Šal'a, an dem auch Miroslav Kusý, Ján Bycko (der für Ján Čarnogurský anwesend war), Milan Šimečka, Martin M. Šimečka, Ján Langoš, László Nagy, Kálmán Balla und Eleonóra Sándor teilnahmen. Es ging den Anwesenden darum, gemeinsame Standpunkte der slowakischen Opposition zu entwickeln und sich über die Vorstellungen zur weiteren politischen Entwicklungen des Landes auszutauschen. Vor allem in den Kreisen junger ungarischer Bürgerrechtler begeisterte man sich für die Idee, eine eigene politische Organisation zu gründen. Die Idee dazu entstand am 18. November 1989 auf dem 50. Geburtstag von Lajos Tóth. Dieser gründete die Jugendorganisation des Csemadok, einem Kulturverein der ungarischen Minderheit in Šal'a, in dem fast alle ungarischen Minderheitenaktivisten organisiert waren. Nach einer langen Diskussion entschieden sie sich für den Namen Unabhängige Ungarische Initiative (Mad'arská nezávislá iniciativa), die sich für liberale Werte einsetzen sollte, obwohl ihr auch Personen mit einer sozialdemokratischen Orientierung angehörten.

Nach der brutalen Niederschlagung der Studentendemonstration am 17. November 1989 in Prag schlossen sich die verschiedenen unabhängigen Bürgerrechtsbewegungen in Bratislava zur Organisation Öffentlichkeit gegen Gewalt zusammen. Als Partnerorganisation des tschechischen Bürgerforums trug sie während der Samtenen Revolution erheblich zum Sturz des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei bei.

Juraj Marušiak, Norbert Kmet'  
Aus dem Polnischen von Jonas Grygier und Markus Pieper  
Letzte Aktualisierung: 10/15